

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüch, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Vhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radendorfswald, Breckersfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wlth. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 275

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 150.— M.

Halver

Montag, den 27. November 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 88 mm Breite 8.— M., im
Klammerteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Belegung 10.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der neue Reichskanzler Dr. Cuno stellte dem Reichstage kein Kabinett vor und hielt seine Programmrede.

* Der Reichstag beantwortet die Rede des Reichskanzlers nicht mit einem Vertrauensvotum, sondern nur mit einer „Duldsformel“.

* Die Brüsseler Konferenz soll mit einer Vorbesprechung eingeleitet werden, von der man einen Sieg der französischen Reparationspolitik befürchtet.

* Die Beratungen des englischen Unterhauses wurden mit einer Thronrede des Königs eröffnet.

* Die öffentliche Meinung in Amerika verhält sich gegenüber der Forderung Clemenceaus völlig ablehnend.

Cunos Programmrede.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In eine Zeit, in der gearbeitet und nicht geredet werden soll, paßt dieser neue Reichskanzler gut hinein. Ganz anders ist er als die Männer, die in letzter Zeit von der Regierungsbank des Reichstages aus sprachen, anders als Dr. Wirth, der temperamentvolle, oft im Volksredner-ton debattierende Süddeutsche, der jetzt wieder in den Reihen seiner Zentrumsfraktion Platz genommen hat, anders als Rathenau, der geistreiche Philosoph, der geheimnisvolle Ideengänge auch in den nüchternsten Gegenstand hineintraf. Dr. Cuno, der hochgewachsene, schlanke, blonde Schiffahrtsdirektor, ist weder im Sinne des einen noch des anderen ein Redner. Man merkte das selbst bei seiner großen Programmrede, obwohl vorgelesene Reden noch kein richtiges Bild davon geben, wie jemand das Wort zu meistern weiß. Aber er will ja gar nicht reden. Er will arbeiten, und will, daß das Kabinett, das Parlament und das ganze Volk mitarbeitet. Hier tritt der im internationalen Verkehr geschulte und geschäftliche Geschäftsmann vor das Parlament. In der einen Hand das Manuskript, die andere in der Tasche, liest er Blatt um Blatt der langen Programmrede herunter, monoton, ohne irgendwelche Hervorhebung, kaum, daß die nicht eben laute Stimme hier und da einmal etwas kräftiger den Sinn unterstreicht. Das ganze Haus hört aufmerksam zu. Oftmals bleibt alles minutenlang still. Dann und wann ein vereinzelter Zwischenruf der Kommunisten, die schon, als Präsident Cuno verkündete: „Der Herr Reichskanzler hat das Wort!“, ihn mit dem Hurra empfingen: „Der Aufsichtsrat der Stimmrepublik!“ Es gab noch mehr solche Zwischenrufe und Störungen. Immer sind es nur die Kommunisten, die bald einmal finden, daß der Kanzler „lauter Phrasen“ redet, bald halten sie es für wichtig, bei der Ermahnung des Kanzlers an die Landwirte zu weiterer Willkürfüllung „weiter wuchern!“ zu rufen. Herr Cuno läßt sich durch alles das nicht beeinflussen. Er schüttelt höchstens einmal den Kopf, wenn die Herren ganz links etwas von „Profitwirtschaft“ dazwischenwerfen. Im übrigen liest er ruhig weiter. Wie er als Debatteredner auf Zwischenrufe reagiert wird, muß man abwarten. In einer formulierten Regierungserklärung ist es nicht üblich, darauf zu antworten. Einmal springt Dr. Stresemann für ihn ein. Cuno hatte an die Amerikaner appelliert und deren Mitarbeit gewünscht. „Gute Geschäftsbeziehungen!“ Klang es ironisch von links. „Sollen Sie froh, daß wir gute Geschäftsbeziehungen zu Amerika haben!“ weist der Führer der Volkspartei den vorlauten Zwischenrufer zurück.

Letzten Endes war alles, was Herr Cuno in dreiviertelstündiger Rede verlas, nicht auf rechnerische Wirkung berechnet. Es war ein Aufruf durch das augenblickliche politische und wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes, ein Situationsbericht und ein Programm für die nächsten Schritte, die die Regierung zu tun vorhat. Das ganze Gerede und alle schweren Gefahren, die im Innern und vor allem von außen unserem Vaterlande drohen, stellte er ohne Übertreibungen und ohne Schönfärberei vor die Augen seiner Zuhörer. Wenn auch die Zusammenfassung aller Parteien der großen Koalition nicht gelungen ist, so bleibt er doch bei der Hoffnung, daß alle Kreise des Volkes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an der Steigerung unserer Leistungen gemeinsam mitwirken werden, damit Deutschland wieder ein freier Staat wird. Aber nicht nur von uns, zum großen Teil vielmehr vom Auslande ist es abhängig, wenn dieses Ziel erreicht werden soll. Der Kanzler weiß das, und er will, wie man von vornherein wußte, auf dem Boden der Note vom 13. November die deutsche Außenpolitik führen, wobei er sich von den Aufregungen der Sachverständigen eine wesentliche Unterstützung seiner Politik verspricht. Besonders nahe, so betont er, liegt uns die Sorge um das Rheinland, wo eine Befestigungsarmee steht, stärker als die ganze Reichswehr, und wo die Separatisten ihr Unwesen treiben. Hier bricht ein Sturm von links los: „Was sagt Minister Müller dazu?“ Man weiß, daß der neue Ernährungsminister früher bestimmte Beziehungen zu den Sonderbündlern gehabt haben soll, und der Hagel von Zwischenrufen an dieser Stelle der Kanzlerrede macht es erforderlich, daß der neue Minister möglichst bald diese nun einmal aufgetauchten Bedenken gegen seine frühere Haltung völlig zerstreut und auflöst.

Staatsautorität und Staatsregierung sind nötig zur Rettung des schwer bedrohten Vaterlandes. Um dieser Aufgabe willen, nicht für das Kabinett wegen seiner selbst, bittet der Kanzler schließlich um die Zustimmung des Hauses zu seinem Programm, denn jeder der neuen Minister habe mit dem Antritt seines Postens ein Opfer gebracht. Der Reichstag wird diese Zustimmung in der Form aussprechen, daß er mit großer Mehrheit einen Antrag annimmt, worin er es billigt, daß die Regierung die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik macht. Das ist kein ausgedrücktes „Vertrauensvotum“, sondern nur eine „Duldsformel“. Das Kabinett ist damit zufrieden, es will durch seine Arbeit beweisen, daß es des allgemeinen Vertrauens würdig ist.

Regierungserklärung im Reichstage.

Vorstellung des neuen Kabinetts.

(273. Sitzung.) OB. Berlin, 24. November.

Im Reichstage zeigte sich heute das bekannte Bild großer Tage. Die Abgeordneten sind zahlreich zur Stelle, unter den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die erschienen sind, ist auch Herr Stinnes vertreten. Die Tribünen sind überfüllt, auf den Regierungsbänken ein Gewühl von Bevollmächtigten. Um 1 Uhr 15 Minuten eröffnete Präsident Loh die Sitzung, nachdem die Minister Platz genommen hatten. An ihrer Spitze der neue Reichskanzler Dr. Cuno, der Jugendlichte von allen. Neben ihm saß der neue Minister des Auswärtigen Herr von Rosenburg, an dritter Stelle hatte der neue Minister des Innern Dr. Dörfel Platz genommen. Dann kam der neue Reichswirtschaftsminister Veder-Hessen, der Reichsfinanzminister Dr. Herms, der seinen alten Platz behalten hat, hierauf der neue Reichsjustizminister und Vizekanzler Dr. Heine, und an ihn reihen sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der ebenfalls sein Amt behalten hat, und der gleichfalls auf seinem Posten verbliebene Reichsverkehrsminister Groener. Hierauf kamen die übrigen neuen Männer. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Reichskanzler das Wort, und Dr. Cuno erhob sich und las mit kräftiger Stimme die Regierungserklärung vor. Bevor er zu sprechen begann, wurde ihm von der äußersten Linken, von dem Kommunisten Roenen, zugerufen: „Der Aufsichtsrat der Stinnes-Gesellschaft, der Generaldirektor hat das Wort!“ Der Zwischenfall ging ohne weitere Erregung vorüber.

Reichskanzler Dr. Cuno:

In schwerer Schicksalsstunde unseres Vaterlandes hat der Herr Reichspräsident mir nach dem Rücktritt des Herrn Reichskanzlers Dr. Wirth und seines Kabinetts am 16. November den Auftrag erteilt, die neue Regierung zu bilden. Hemmnisse, die mir die Zusammenfassung unmöglich zu machen schienen, veranlaßten mich, den Auftrag am 18. November zurückzugeben. Der Herr Reichspräsident hat am 20. November seinen Auftrag mit dem Anbegehren erneuert, in freier Auswahl der Männer und der Verteilung der Ressorts die Regierung zu bilden. Diesem Ersuchen bin ich nachgekommen. Der Reichskanzler nennt nun die Namen der einzelnen Minister und fährt fort:

Das Reichsministerium für Wiederaufbau ist offen geblieben. Nach einem Dankwort an den zurückgetretenen Vorgänger und seine Ministerkollegen betonte der Reichskanzler, daß die neue Reichsregierung nicht auf der breiten parlamentarischen Basis stehe, die man auf Grund des zu erprobenden Regierungsprogramms erwarten dürfte. Er bedauere dies auf das Lebhafteste, weil die Regierung übermüdet sei, daß in den uns bevorstehenden Zeiten nur eine einseitige Zusammenfassung aller Kräfte uns vor dem schwersten Unheil bewahren kann. Dazu berufen, auf dem Wege der Versöhnung gegebenen

Boden der republikanischen Staatsform

die Regierung des Reiches zu führen, hätten wir es begrüßt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit im Kabinett bereitgefunden hätten. Das ist uns versagt geblieben, wohl aber können wir mit aller Aufmerksamkeit betonen, daß wir vom ersten Augenblick an unsern Zusammentritt der Hoffnung Raum geben, es möge zum Besten unseres Landes zu einer der Gesamtsache entsprechenden verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Kabinett kommen, und es möge dieser Geist der positiven gemeinsamen Arbeit alle staatsverhaltenden Kräfte auf einem Boden zusammenführen. Lassen Sie mich dazu in kurzen Zügen ein Bild des heutigen Deutschlands geben. In Cuno, in Cuno und später überzeugten sich die in der Reparationskommission vertretenen Mächte, daß die Deutschland auferlegte Last unerschwinglich ist.

Nicht Deutschland sagt, daß es das Verlangte nicht zahlen wolle, sondern die Gläubiger, und die Sachverständigen der Weltwirtschaft erklären, daß Deutschland nicht zahlen kann. Trotzdem sind uns nur die Goldzahlungen für Reparation und Befestigung und auch sie nur bis Ende dieses Jahres gestundet; drohend hängt das Schwert der Ungewißheit über Deutschland, dazu drücken uns die Lasten der Befestigung und der Entschädigungen. Die Begehrnisse der deutschen Auslandsvermögen, der Kolonien und der deutschen See- und Binnenhandelsflotte hat unsere Zahlungsbilanz fast passiv gestaltet und so

unsere Währung zum Niedergang verurteilt,

selbst wenn keine Reparationslast auf Deutschland läge. In enger Verflechtung von Wirkung und Ursache ist im Innern die deutsche Leistung und vor allem der Wirkungsgrad der deutschen Arbeit erheblich gesunken. In der Landwirtschaft stehen wir vor einer beträchtlichen Mindereinnahme an Brotgetreide, im Bergbau vor einem Rückgang der Förderung, der im Zusammenhang mit den Lieferungen an die Entente uns zwingt, Monat um Monat steigende Mengen Kohle aus England und der Lichthölzwerke einzuführen und uns immer tiefer zu verschulden. Unsere Welt ist bis auf einen winzigen Bruchteil des Friedenswertes gegenüber dem Dollar gesunken. Diese Entwertung der Mark schmälert immer mehr die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel und läßt die Preise im Inlande sprunghaft in die Höhe schnellen.

Dies alles bedeutet eine ungeheure Umschichtung der Lebenslagen unseres Volkes, wie sie noch nie in so kurzer Zeit erlebt wurde. Entschuldigend derjenigen, die Goldmarksaufgaben in Papiermark zurückzahlen, Entgegnung der Gläubiger, die an Private und besonders an den Staat hochwertige Mark in gutem Glauben hingegeben haben, der Hunderttausende solider privater Sparer namentlich aus dem alten Mittelstand sowohl wie unserer gemeinnützigen Einrichtungen. Löhne und Gehälter können bei weitem nicht dem Sinken des Geldwertes angepaßt werden. Der Reichskanzler geht weiter auf die wirtschaftlichen Anzuträglichkeiten ein, die Verdreifachung des Brotpreises, die Erhöhung der Kohlenpreise usw.

Zwar arbeitet unsere Wirtschaft und ist der Wille zur Arbeit überall geflügelt, zwar feiern wenig Menschen — gleichwohl, die Wirtschaft sinkt. Dies ist das Deutschland des beginnenden Winters 1922/23. Der Kanzler kommt auf die Reparationsfrage, die zu den Schicksalsfragen der deutschen Wirtschaft geworden seien, behandelt die Klärung der Schuld am Kriege. Es sei Pflicht der Regierung, ohne icalische Scheu alles herbeizutragen, um ein

gerechtes Urteil herbeizutragen. Aber ebenso betrachtet sie es als notwendig, nach diesem verlorenen Kriege zur Abtragung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen, insbesondere zum Friedenswerte des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Frankreich, die die volle Frucht des zerschundenen Krieges zu tragen hatten, zu leisten, was nach Deckung der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Solche Begrenzung entspricht selbst dem Vertrag von Versailles, wonach die deutschen Leistungen nach dem Grade der Leistungsfähigkeit abzumessen sind. Diese Politik ist die Politik der Selbsterhaltung der Nation, der Stärkung der deutschen Wirtschaft und der bestmöglichen Leistung aus den Überschüssen, die sich nach Deckung des dringenden deutschen Bedarfs ergeben.

Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage eine Wirtschaftsfrage ist und nicht etwa ein Instrument machtpolitischer Absichten, kann dieser Politik entgegenstehen. Darum wird die notwendige Lösung des Problems um so eher erzielt werden können, je mehr die Frage vom wirtschaftlichen und praktischen Standpunkt aus betrachtet wird. Ich hoffe und glaube, daß die Einsicht von der Notwendigkeit einer solchen leidenschaftslosen und nüchternen Behandlungsweise sich auch in den Ländern unserer früheren Gegner immer mehr Bahn bricht. Ich glaube insbesondere, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, ohne deren Unterstützung eine Lösung mir nicht denkbar erscheint, die Inangriffnahme der Aufgabe von weltwirtschaftlichen Standpunkte aus Verständnis finden wird.

Geleitet von solchen wirtschaftlichen Gedankengängen und in Absprache mit Wirtschaftssachverständigen der Welt hat die bisherige Regierung kurz vor ihrem Rücktritt einen bedeutenden Schritt nach vornwärts getan durch die Note, die sie am 13. November d. J. an die Reparationskommission gerichtet hat und die die ausdrückliche Willigung der Führer sämtlicher Parteien fand, mit denen die Regierung verhandelt hat.

Im Namen der neuen Regierung gebe ich die Erklärung ab, daß sie ohne Einschränkung auf den Boden dieser Note der vorigen Regierung tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm im vollen Umfang zu vertreten und zur Durchführung zu bringen.

Wir machen uns das Wort der Sachverständigen zu eigen, daß „Deutschland sich eine eigene aufbauende Politik schaffen muß, auch wenn damit Gefahren verbunden sind“. Diese aufbauende Politik muß das, was manchmal gegeneinander gestellt wurde, in einem Zuge vereinen, die grundsätzliche Politik der Wirtschaftsförderung und entschlossene technische Maßnahmen der Währungsstärkung. Zu beiden hat sich die Note vom 13. November bekannt. Auch die neue Regierung tritt deshalb dem bei, daß sofort eine vorläufige Aktion zur

Hebung und Festigung der Mark

eingeleitet und hierfür von der Deutschen Reichsbank ein Betrag von fünfzig Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden soll. Deutschland muß auf drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Verträge von Versailles befreit werden, wobei nur die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete insoweit ausgenommen sein sollen, als sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld, d. h. aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden können; Deutschland muß weiter für die Stillhaltung eines ausländischen Kreditbills von fünfzig Millionen Goldmark eintreten; die finanztechnischen Einzelheiten dieses Planes sind sachlicher Beratung vorbehalten; auch muß Deutschland die Gleichberechtigung im Handelsverkehr wiedererlangen werden, ohne die es nicht zahlungsfähig werden kann. Reichskanzler Cuno fügt sich in seinen weiteren Ausführungen eingehend auf den Wortlaut der deutschen Note vom 13. November, widerlegt die dagegen erhobenen Einwendungen, besonders diejenigen von Caroz, und fährt fort: Wie haben unproduktive Arbeit in Staats-, Volks- und Privatwirtschaft.

Durch unsere ganze Wirtschaft wird Stille und Stillstand der Abbau dieser unproduktiven Arbeit anzustreben sein. Das ist nicht bloß Probenzement, sondern auch Konsumtenpolitik und dringend notwendig, um ungemessenen Anstiegen der Preise entgegenzuwirken, um so notwendiger, als die Möglichkeit staatlicher Zwangsmassnahmen zum Zwecke der Preisregelung nach dem Urteil aller Einsichtigen eng begrenzt ist. Damit soll dem Wucher nicht die Bahn freigegeben werden, seine Bekämpfung bleibt eine dringende Aufgabe.

Da, wo übermächtige Vereinigungen von Industrie und Handel durch unbillige Preise- und Absatzbedingungen die Freiheit des Wettbewerbes unterdrücken und Verarbeitern und Verbrauchern ungerechtfertigte Lasten auferlegt werden, soll die Gegenwehr der Verarbeiter und Verbraucher durch die Tätigkeit der Reichsregierung wirksam verstärkt werden. Die Wünsche des Handwerks sollen entgegenkommen finden. Als wirtschaftliche Notwendigkeit ist bereits aber auch anerkannt, daß das Arbeitszeiteres alsbald gesetzlich, und zwar unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege geregelt werden muß. An die Landwirtschaft, die glücklicher als viele andere Berufe, sich die Sicherheit der Existenz erhalten hat, die Mahnung zu richten, der Volksgemeinschaft weiter ihr Opfer zu bringen und die Ablieferung der

fälligen Getreidemenge

möglichst zu beschleunigen, ist eine weitere Aufgabe. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, hierfür alle Kraft einzusetzen. Bei der Preisfestsetzung für die weiter zu liefernden Getreidemengen ist die Regierung bereit, den verändernden wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Im Zusammenhang mit den Ländern sind Mittel und Wege zu suchen, der viel beklagten Zersplitterung der öffentlichen Fürsorge zu begegnen. Ich benutze diese Stunde, da ich zum deutschen Volk rede, alle anzuregen, nach besten Kräften den in Not geratenen Volksgenossen zu helfen. Ich nenne ein Wort, daß alle zu Hilfe rufen müßten: die wachsende Not deutscher Kinder. Eine der drückendsten Sorgen bildet der tiefstehende Stand unseres Wohnungswesens. Die Selbstverwertung macht durchgreifende Abhilfe unmöglich, desto mehr müssen alle Wege gegangen werden, um wenigstens ein beschränktes Bauprogramm durchzuführen. Not bedrückt auch die deutsche Geistesarbeit. — Darüber, daß auch schwerste Opfer der Leistungsfähigen nicht gescheut werden dürfen, ist die Reichsregierung mit diesem Hause einig. Der Kanzler fordert zur Zusammenarbeit aller Stände auf, spricht den abgetrennten Gebieten und den Auslandsdeutschen seine Sympathien aus und sagt, daß die Regierung ihre Kraft dem

friedlichen Zusammenleben mit den Völkern

widmen werde. Das gilt für alle Länder Europas, ohne Ausnahme. Jeder, der zur friedlichen Zusammenarbeit bereit ist, ist uns willkommen. Aber ebenso wird die Regierung sorgfältig alle überfeindlichen Beziehungen beseitigen, insonderheit mit den großen Nationen, mit denen entzweit zu werden das Unglück Deutschlands und Europas war. Mir persönlich wird es eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die ich mit

Deutschland schlechte Aussichten eröffnet. Das wichtigste Ergebnis der letzten Besprechungen zwischen Poincaré und den belgischen Ministern ist die

Einigung auf eine Vorkonferenz, um die internationale Finanzkonferenz von Brüssel unbedingt „revisionsfähig“ zu machen. Für Deutschland bedeutet dies, daß Frankreich fest entschlossen ist, in Brüssel das letzte Wort zu sprechen und davon alles abhängig zu machen. So schreibt bereits der offiziöse „Petit Parisien“, diese Vorkonferenz soll den endgültigen Urteilspruch fällen. Die Einigung, die Lloyd George nicht erzielen konnte, hofft man nun unbedingt zu erreichen und spricht daher auch schon wieder von der bekannten französischen Pfänderpolitik.

Nach der „Chicago Tribune“ soll Pierpont Morgan Beobachter der Vereinigten Staaten auf der Brüsseler Finanzkonferenz werden. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Bradbury beschäftigt sich mit einem Anleiheprojekt.

Sotales und Provinzielles.

Salver, 27. November 1922.

In nächster Nummer beginnen wir mit dem Abdruck der spannend geschriebenen Erzählung „Angeworben“ von Lotbar Brenkendorf.

Zur Wetterlage. Unter dem Einfluß des ziemlich starken Luftdruckes, der über dem Festlande lagerte, war das Wetter in West- und Süddeutschland vorwiegend trocken und heiter. Die Temperaturen, die zunächst ziemlich hoch lagen, sanken ziemlich stark; in den Morgenstunden herrschte in den letzten Tagen der dritten Novemberwoche meist leichter Frost. In Nord- und Mitteldeutschland dagegen blieb das Wetter überwiegend trübe; beim Vorübergang einzelner Randwirbel, die sich auf der Nordseite des Hochdruckgebietes gebildet hatten, fielen wiederholt leichte Niederschläge. In Ostdeutschland klärte sich der Himmel zeitweise auf; die Temperaturen gingen bis auf 5 Grad R. zurück. Da der starke Luftdruck durch ein vom Atlantischen Ozean herannahendes, offenbar wieder recht umfangreiches Gebiet niederen Luftdruckes ostwärts abgedrängt wurde, ist nach vorübergehender Aufhellung mit erneut unbeständigem Wetter, besonders für die Küste, Nordwest- und Mitteldeutschland zu rechnen.

Tagung des Provinziallandtages am 15. Dezember. Das preussische Staatsministerium hat durch Erlass vom 13. November d. J. genehmigt, daß der Provinziallandtag der Provinz Westfalen zum 15. Dezember nach der Stadt Münster berufen wird. Der Landtag wird an diesem Tage um 11 Uhr im Landeshaus zu Münster eröffnet werden.

Der Dritte Kirchentag soll nach einem Beschluß des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses auf der in Berlin abgehaltenen Kirchenbundsitzung im Herbst 1923 in Barmen-Elberfeld abgehalten werden.

Kierspe, 24. Nov. Die nächste Mütterberatungsstunde findet in Kierspe am Dienstag, den 28. ds. Mts. vormittags von 11—12 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses und am Bahnhof am gleichen Tage nachmittags von 1—3 Uhr in dem Schulgebäude statt. Mütter mit ihren Säuglingen werden an dieser Stelle nochmals auf die Wichtigkeit dieser Beratung aufmerksam gemacht.

Meinerzhagen, 24. Nov. In der Gegend von Kürwige und Drögenpütt machen sich seit Tagen vier Wildschweine unliebsam bemerkbar, indem sie besonders die Acker, auf denen Kartoffel standen, immer von neuem durchwühlten. Sehr erwünscht wäre es im Interesse der betreffenden Landwirte, wenn es den Jagd-anpächtern im Laufe des Winters gelänge sämtliche Tiere zum Abschuss zu bringen, damit sie im Frühjahr keinen größeren Flurschaden verursachen können. Uebrigens dürfte in heutiger Zeit ein Wildschwein schon des Fleisches wegen eine begehrte Beute für den Jägersmann sein.

Werl, 22. Nov. Den jugendlichen W. beobachtete man, wie er sich eine Zigarette mit einem 100 Mark-schein anzündete. — Ein junger Mann rühmte sich, daß er mit einem Freunde auf der Soester Allerheiligen-Kirmes 51 000 Mark ausgegeben habe. (Eine solche Jugend schadet Deutschland mehr als alle alliierten Mächte zusammengekommen!)

Köln, 23. Nov. In der Nacht auf Mittwoch hat in Ralf eine Bande von 15 Köpfen einen Güterzug überfallen. Bei der Abwehr der Räuber wurde ein Bahnpolizeibeamter schwer verwundet. Den Tätern ist man auf der Spur. Das geraubte Gut ist teilweise wieder herbeigeschafft. Die Räuber hatten sich im Gremberger Wildbach versteckt und haben dort an einer Ueberführung den langsam fahrenden Zug beschossen. Der Zug wurde dann zum Stehen gebracht. Durch Signale gelang es, vom Bahnhof Ralf-Nord die Ueberwachungsabteilung anzufordern, die eilends erschien. Es gab ein Gefecht zwischen der Bande und der Bahnpolizei. Diese war aber erheblich im Nachteil, da die Räuber mit guten Feuerwaffen ausgerüstet und jedenfalls besser bewaffnet waren als die Eisenbahner.

Köln, 24. Nov. In der gestrigen Stadtverordnetenitzung wurde ein Kredit von 16 Millionen Mark als Folge der jüngsten Tumultschäden bewilligt. Der Gesamtschaden aus diesen Tumulten wird auf 100 Millionen Mark geschätzt, von denen das Reich 50 Millionen, Preußen 34 und die Stadt die bewilligten 16 Millionen Mark zu tragen haben. Bis heute sind bei der Stadt 94 Schadenersatzanträge eingegangen. Weitere Anträge sind zu erwarten. Preußen hat seinen Anteil bereits zur Verfügung gestellt.

Nach und Fern.

Millionendiebstahl im D-Zug. Internationale D-Zug-diebe machten auf der Fahrt von Köln nach Berlin ungewöhnlich reiche Beute: sie stahlen der Frau eines dänischen Mitreisenden, die mit ihrem Manne ein Schlafwagenabteil erster Klasse innehatte, Schmuckgegenstände im Werte von 50 Millionen Mark. Auf die Ermittlung der Täter ist von dem geschädigten Ehepaar eine Belohnung von 1000 schwedischen Kronen ausgesetzt worden.

Schneestürme im Bayerischen Wald. Ein furchtbarer Schneesturm herrschte in den letzten Tagen im Bayerischen Wald. Der Verkehr war vollständig unterbrochen. Infolge Beschädigung des Elektrizitätswerkes waren mehrere Orte ohne Licht und Kraft. Auf den höheren Bergen des Bayerischen Waldes liegt der Schnee meterhoch.

Entführung eines jungen Mädchens. Die aus Hamershausen im Kreise Diersleben stammende, 18jährige Tochter des Bahnpostwärters Hildebrand ist dieser Tage in einem Auto entführt worden. Als Täter kommt ein Südamerikaner namens Brise in Frage. Brise hatte bei den Eltern um die Hand des jungen Mädchens angehalten, diese hatten aber ihre Einwilligung verweigert. Da die Behörde annimmt, daß er sich mit dem Mädchen nach Hamburg gewandt hat, ist die Kriminalpolizei in Hamburg in Kenntnis gesetzt worden.

Überfall auf den Zaren von Bulgarien. König Boris von Bulgarien unternahm einen Automobilausflug ohne Begleitung. In der Nähe von Sofia wurde er von Räubern überfallen. Sie nahmen ihm das Geld, das er bei sich trug, ab und verschwanden im Walde.

Die schwarzen Boden. Nach einer Meldung aus Toronto in Kanada wurden auf dem Dampfer „Mont Clare“ unter den Kabinenpassagiere die schwarzen Boden festgestellt. 221 Kabinenpassagiere mußten sich in Quarantäne begeben, wo sie für unbestimmte Zeit bleiben müssen.

Die Grubenkatastrophe in Amerika. Über die kurz gemeldete Grubenkatastrophe, die infolge einer Schlagwetterentzündung in einer Kohlengrube in der Nähe von Bessemer in Alabama (Ver. Staaten) eingetreten ist, liegen jetzt nähere Nachrichten vor. Der erste amtliche Bericht verzeichnete 80 Tote und 60 Schwerverletzte. Da mehrere der letzteren inzwischen an den Folgen ihrer Verletzungen gestorben sind, übersteigt die Zahl der Toten bereits 100.

Millionenfürstung eines neuen Reiches. Der durch Devienspekulationen reich gewordene Wiener Großindustrielle Castiglioni, der vor kurzem nach Berlin übersiedelt ist, hat dem österreichischen Unterrichtsministerium eine Stiftung von 200 Millionen Kronen für Kunstzwecke überwiesen. Je 75 Millionen sollen für ein zu errichtendes Barockmuseum und für Ausgestaltung der Wiener Musikakademie verwendet werden. Die restlichen 50 Millionen Kronen sollen für Aufträge an Künstler dienen.

Ein neues Erdbeben. Eine Reihe von Erdstößen ist am 19. und 20. November in der Gegend von Cavaignac verspürt worden. Mehrere Häuser des Dorfes Fromentin in Alger wurden stark beschädigt. Die Bewohner mußten die Häuser räumen. Opfer an Menschenleben sind bisher nicht gemeldet.

Die Finanzkatastrophe der Frauen.

Lange Röcke, kurzer Bestand.

Man kann auch mal von was anderem reden! Von morgens bis mitternachts immer wieder Reparationskommissionen, Lausanne und andere Konferenzen, Marktzug und Ministerkrisen — das hält auf die Dauer kein Vieh aus. Also ist jetzt die beste Gelegenheit, mit der Mode anzubandeln. Das heißt: zu kurz ist die Mode auch während all des politischen Wirrwarrs der letzten Wochen nicht gekommen. Im Gegenteil — sie ist zu lang gekommen, denn sie hat mittlerweile die langen Röcke erfunden, worunter natürlich die Frauenröcke zu verstehen sind, denn ob die Röcke der Männer lang oder kurz sind, das ist dem Gros der Menschheit, sachmännlich gesagt, Jocke wie Jocke, wie Schafepaare das nennt, Scheiba.

Der Mode also, die man sich als einen über den Wolken thronenden Konfektionär vorzustellen hat, fiel es eines Tages ein, daß die Röcke wieder zu verlängern seien, nachdem sie eine Zeitlang bis zum Wuchshafen und Puppenmäßen verkürzt worden waren. Als diese apophoristischen Röcke feinerzeit das Licht der Welt erblickten, rief alles voll Entrüstung: „Shodding!“, was die deutsche Übersetzung von „aufstößig“ ist. Die Tugend krümmte sich in wildem Weh, und der Kampf gegen die Florstrümpfe, die nach dem Gesetz der Konfektion als unmittelbare Wirkung der kurzen Röcke in die Erscheinung traten, bildete eine neue Rubrik in den Tageszeitungen. Als dann aber Urabine, Großmutter, Mutter und Kind sich für den kurzen Rock entschieden und mit ihm zu leben und zu sterben beschloßen, hörte mit einem Schlag das Zetermordio auf, und selbst die Männer schüttelten sich mit der neuen Lage aus. Man ließ die Moral vernünftigerweise aus dem Spiele, und von ihrer Entwertung durch den kurzen Rock war nicht mehr die Rede. Bis dann, wie gesagt, der Höchstkongressnierenende auf den Gedanken kam, wieder mal was Neues auf den Markt zu werfen, obwohl dieses Neue ja im letzten Grunde etwas Altes ist, denn das Hin und Her zwischen lang und kurz in der Mode kennt man seit der ersten Toilette der Urmutter Eva.

Nun kann man ja mit Leichtigkeit einen langen Rock kürzer machen; aber einen kurzen Rock länger machen, das ist schon ein bißchen schwieriger. Soviel ist aus dem Rocksaum gewöhnlich nicht herauszuholen, daß sich aus dem „ausgelassenen“ Zeuge ein langer Rock nach allen Anforderungen der Mode bauen ließe. Also muß die Frau, wenn sie für einige Wochen, Tage oder Stunden — viel länger dauert ja eine Mode im allgemeinen doch nicht — „modern“ erscheinen will, sich den landesüblichen langen Rock oder den Stoff dazu kaufen. Und wenn die Frau kein Geld hat? Der Weise antwortet: „Dann soll die Frau auch fürderhin den kurzen Rock tragen!“ Aber abgesehen davon, daß die meisten Frauen sich lieber den kleinen Finger abhacken lassen, als daß sie „altmodisch“ erscheinen möchten, ist die Frau in Gefahr, wegen ihres kurzen Rockes von den langrockigen Geschlechtsgegnissen als ein Geschöpf von zweifelhafter Moral gewertet zu werden. Und das ist der Humor davon! Während noch vor wenigen Wochen alles, was weiblich ist, des Kleides Würze in der Kürze sah, kommt es jetzt tatsächlich häufig vor, daß man — in diesem Falle ist „man“ immer eine Frau — Damen, die nicht die Mittel besitzen, sich nach der neuesten Mode zu kleiden und daher ihre kurzen alten Röcke aufräumen müssen, mit kritischen, aber schon sehr kritischen Blicken, wie sie nur eine Frau zur Verfügung hat, mustert und als „unmoralisch“ in die Woffschucht wirft. Der lange Rock bedeutet also für die vielen Frauen, die nur über einen schwachen Bestand von kurzen Röcken verfügen, in mehr als einer Hinsicht eine Katastrophe.

Im übrigen ist um des langen Rockes willen bereits ein Frauenkrieg entbrannt, und zwar, was besonders interessant ist, zwischen den Damen der Entente: während man sich in London für ihn begeistert, lehnt man ihn in Paris ab (es kann aber auch umgekehrt sein), und Amerika nimmt, wie immer in Kriegesfällen, eine sehr zweideutige Stellung ein. Die Dollarmädchen schwärmen für den kurzen Rock, aber da sie das nicht so frei heraus sagen dürfen, weil sie offiziell Puritanerinnen sind und mit der Moral auf du und du stehen, hängen sie dem kurzen Rock sozusagen ein Mäntelchen um, indem sie erklären, daß der lange Rock gegen die Vorschriften der Hygiene verstoße und in seinem Saum sämtliche Bazillen, die entdeckt und die noch unentdeckten, berge und die furchterlichsten Krankheiten, von der Cholera bis zum Kindbettfieber, verbreite. Vielleicht ist diese Kampfanlage von jenseits des großen Atlantischen Ozeans das sicherste Mittel, dem langen Rock sehr rasch ein ruhmloses Ende zu bereiten, denn König Dollar ist allmächtig. Wie es aber auch sein mag — bevor nicht auch die Rocklänge stabilisiert ist, wird nicht Frieden werden auf Erden! — M. S.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		21. 11.		23. 11.		Stand 1. S. 11
		gekauft	angeb.	gekauft	angeb.	
Holland	1 Gulden	2773,05	2786,95	2473,80	2483,20	1,70 M
Dänemark	1 Krone	1406,47	1413,52	1286,82	1273,18	1,12
Schweden	1 Krone	1865,32	1874,68	1670,81	1679,19	1,12
Norwegen	1 Krone	1276,80	1283,20	1142,13	1147,87	1,12
Schweiz	1 Frank	1811,71	1818,29	1182,03	1147,97	0,80
Amerika	1 Dollar	7044,84	7070,16	6271,78	6303,22	4,20
England	1 Pfund	31570,87	31729,13	28179,37	28320,63	20,40
Frankreich	1 Frank	503,78	506,27	451,36	453,64	0,80
Belgien	1 Frank	473,81	476,19	419,94	422,06	0,80
Italien	1 Lira	831,66	833,34	290,27	291,73	0,80
Österr.	100 Kron.	—	—	9,12	9,18	85,00
Ungarn	1 Krone	—	—	2,76	2,78	0,85
Tschechien	1 Krone	229,42	230,58	200,99	202,01	—

Stand der Werten am 24. November 1922, 07.

* **Produktionsmarkt.** Berlin, 24. 11. (Nichtamtlich.) Weizen, märkischer, 11 900—12 100, Roggen, märkischer, 10 600—10 800, Sommergerste 11 000—11 300, Hafer, märkischer, 12 000—12 300, pommerscher 11 800—12 100, Mais loco Berlin 12 400—12 600, Weizenmehl pro 100 Kilogramm 32 500—37 500, Roggenmehl pro 100 Kilogramm 29 000—32 000, Weizenkleie pro 50 Kilogramm brutto einschl. Sack 6200—6400, Roggenkleie pro 50 Kilogramm brutto einschl. Sack 6200—6400, Raps pro 50 Kilogramm brutto einschl. Sack 20 000—21 000, Weizenstroh 23 000—24 000, R. Speiseerbsen 20 000—21 000, Futtererbsen 16 000—17 000, Weizen 19 500—20 500, Lupinen, bl., 15 500—16 500, gelbe 16 500—18 000, Rapssamen 7200—7300, Tordenschnitzel 5300—5400, vollwertige Zunderschnitzel 7500 bis 7700, Formelassessurung 30-70 3000—3200. — **Rauhputz.** (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drabgebr. Roggen- und Weizenstroh 5300—5500, drabgl. Haferstroh 5300—5500, bindfadengebr. Roggen- und Weizenstroh 5000—5100, gebündeltes Roggenlangstroh 5100 bis 5200, lofes und gebünd. Rummstroh 4900—5000, Sackel 5800 bis 5900, handelsüb. Heu 2850—2900, gutes Heu 3200—3400.

* **Die Viehmärkte der Woche.** In der verfloßenen Woche gestaltete sich die Zufuhr bei Rindern und Schafen auf den meisten Märkten geringer, bei Kälbern und Schweinen höher. Der Handel verlief in allen Gattungen fast durchweg langsam. Die Preise bewegten sich weiter nach oben, und zwar bei Rindern um 10—20 Mark, bei Kälbern um 20—70 Mark, bei Schafen um 20—60 Mark pro Pfund. Bei Schweinen gingen die Preise vereinzelt eine Kleinigkeit zurück, blieben auf den meisten Märkten unverändert bezogen vereinzelt um 20 bis 40 Mark an. Auf den nachfolgenden Märkten notierten für 1 Pfund Lebendgewicht:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Frankfurt a. M.	160—200	240—340	150—260	350—520
Leipzig	70—220	190—280	120—270	260—480
Magdeburg	100—280	120—280	80—210	270—420
Hamburg	80—260	180—354	140—300	300—520
Breslau	100—190	200—270	130—220	400—500
Köln a. Rh.	180—340	200—320	180—220	300—520
Elberfeld	110—300	200—350	150—250	400—520
Düsseldorf	120—305	240—400	135—145	400—520
Dresden	70—240	200—290	80—210	260—520
München	70—250	250—270	—	390—440
Sannover	90—270	160—270	115—180	370—450

* **Ermäßigung der Nahrungsmittel.** Die Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwoll-Nähsachen-Fabriken hat den Aufschlag auf die Liste vom 21. August 1922 mit Wirkung vom 22. November ab um 40 % auf 515 % ermäßigt.

* **Franciaische Einfuhrnahme auf die rheinische Industrie.** Die Veruche französischer Kapitalistenkreise, einen größeren Einfluß auf die rheinische Industrie zu gewinnen dauern fort. So arbeitet die bekannte Schneider-Creuzot-Gruppe weiter daran, einen großen Teil der Rheinische- und Rheinmetall-Aktien in ihren Besitz zu bringen und die Papiere dann auf den Börsen in Paris und Brüssel in den Verkehr bringen zu lassen. In diesem Zusammenhang wird auch eine Interessengemeinschaft zwischen Rheinische- und Rheinmetall erörtert.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Kartoffelnotierungen in Berlin.** Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 24. November folgende Preise (in Mark für 50 Kilogramm): Speisekartoffeln, weiße, rote 450—470, gelbschleibige 550 ab Vollbahnstation.

* **Kleinhandelspreise für Lebensmittel.** Im Berliner Kleinhandel kosteten am 24. 11. (Preise für 1 Pfund in Mark): Rindfleisch 300—500, Kalbfleisch 350—600, Hammelfleisch 330—420, Schweinefleisch 480—650, Meiereibutter 1400—1500 (niedriger), Margarine 850—1050, Schmalz 1200—1300, Rinderbalt 700 bis 950, Pflanzensett 1000, Kaffee 1600—2500, Zucker 105—110, 1 Gl 65—70 Mark.

* **Ermäßigung der Margarinepreise.** Die niederholländischen Margarinefabrikanten haben die Verkaufspreise ermäßigt, und zwar diesmal um 65—78 Mark, so daß der Großhandelspreis für die billigste Sorte 850 Mark und für die beste Sorte 1007 Mark pro Pfund beträgt.

Kleine Nachrichten.

Waffenverbot in Bayern.

München. Die Führung von Schlagringen, Schlagseilen, Totschlägern und ähnlichen Instrumenten ist im rechtsrheinischen Bayern verboten worden.

Nachgang des bayerischen Bierkonsums.

München. In der Generalversammlung der Gastwirtinnung München und Umgebung wurde betont, der Biergenuß sei so stark zurückgegangen, daß es sich bei vielen Wirten überhaupt nicht mehr lohnt, anzupapen. Einer neuen Bierpreis-erhöhung würden die Wirte einen ganz energischen Widerstand entgegensetzen.

Deutschlands Erfüllungspolitik.

Duisburg. Ein schwimmender 50-Tonnen-Krahn, der von Deutschland an Frankreich abgeliefert werden muß, wird von Duisburg von zwei Schleppern nach Cherbourg gebracht.

Die Überwachung des Wiederaufbaus Österreichs.

DA Wien. Der Bürgermeister von Rotterdam, Zimmermann, ist vom Völkerbund als Kommissar für die Überwachung der Durchführung der Stabilisierung der Krone ausgeschieden. Zimmermann ist eine starke, energische Persönlichkeit und ist Direktor verschiedener führender Konzerne in Holland, so der Holland-Amerika-Linie und der Niederländischen Staatseisenbahnen.

Amerikanische Note an Frankreich.

London. Aus Washington wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung eine Note an die französische vorbereitet, worin diese aufgefordert werden soll, eindeutig zu erklären, in welchem Umfange sie bereit sei, die Abrüstungsvorschriften des Washingtoner Abkommens einzuhalten.

Die polnischen Petroleumfelder.

Rom. Wie man meldet, ist ein Vertrag zwischen Polen und Italien wegen der polnischen Petroleumfelder geschlossen worden.

Die größte russische Holzkonzeßion.

Moskau. Eine Gruppe norwegischer Holzhändler hat mit dem Vertreter der Kolonialgesellschaft von Oega in Norbrogland eine neue russisch-norwegische Gesellschaft unter dem Namen „The Oega Forest Industry Co. Limited“ gegründet. Die Hälfte der Aktien der Gesellschaft gehört der russischen Sowjetregierung, die andere Hälfte den norwegischen Teilhabern. Die Gesellschaft hat das Recht, alle Wälder im Becken des Oegafusses auszubenten. Es handelt sich dabei um die größte Holzkonzeßion, die Rußland bis jetzt vergeben hat.

Ein Nachwort zur Getreideumlage.

Von Hepp, M. d. R.,
Vorsitzendem des Reichs-Landbundes.

Wiederum standen die letzten Wochen im Zeichen des Kampfes für und wider die Getreideumlage. Der Reichstag hat als bestrittenes Kampfsujet mit den bürgerlichen gegen die sozialistischen Stimmen eine Erhöhung der Preise für die erste Rate der Umlage beschlossen, die etwa dem Vierfachen der bisherigen gesetzlich geregelten Preise entspricht. Die von unserer Seite gestellten Anträge auf Herabsetzung der Umlagemenge auf 1½ Millionen Tonnen, sowie die Berechnung des Preises für das erste Drittel mit ½ des Marktpreises zu dem Zweck einer annähernden Angleichung an die in steter Auswärtsentwicklung begriffenen Produktionskosten sind bedauerlicherweise ebenso abgelehnt worden, wie der Antrag auf Gleichbewertung des Hafers mit den übrigen Getreidearten und die gewünschte Neuordnung der Freigrenze, die eine Entlastung für alle Betriebe erreichen sollte.

Mit einem geradezu erdrückenden Material konnte die Unmöglichkeit der Durchführung des bisherigen Umlagegesetzes, insbesondere hinsichtlich Umlagemenge und Preis, dargelegt werden. Der Ausfall der Getreideernte hat den Beweis erbracht, daß die geforderten 2½ Millionen Tonnen ohne schwerste wirtschaftliche Schädigungen nicht geleistet werden können. Andererseits hat die fortschreitende Geldentwertung das zwischen Umlagepreis und Produktionskosten bereits in sehr starkem Maße bestehende Mißverhältnis weiter verschärft. Als bescheidener Erfolg schwieriger parlamentarischer Verhandlungen, über denen das in ähnlichen Lagen zur gewohnten Begleiterscheinung gewordene Gespenst der Kabinettskrisis schwebte, ist neben weniger bedeutenden Gesetzeskorrekturen die oben bezeichnete Preiserhöhung zu buchen.

Mit Anträgen, mit denen angeblich einzig und allein unsern darübenden Vollen geholfen werden kann, sucht die Sozialdemokratie ihren verhüllenden Mantel über all das zu breiten, was an unerfüllten Versprechungen verblieben ist. Da ist die Begründung beziehungsweise, mit der eine ihrer Vertreterinnen sich gegen die von bürgerlicher Seite eingebrachte Entschädigung wendet, welche die Reichsgetreidekasse veranlassen soll, bei jeder Erhöhung der Abgabepreise öffentlich den Anteil der inländischen Landwirtschaft an dem neuen Brotpreis bekanntzugeben: „Würde die Entschädigung angenommen, so ist zu befürchten, daß das Volk

gegen die Regierung beeinflusst und die Republik gefährdet wird.“ Wenn es wirklich noch eines Beweises für die Grundzüge sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik bedurft hätte, so dürfte dem mit dieser Begründung genügt sein. Die Gestaltung unserer Wirtschaft, insbesondere der in sehr starkem Maße unter sozialistischem Einfluß stehenden Ernährungswirtschaft, deren Verlängerung eine erhöhte Gefahr für die zukünftige Versorgung unserer Bevölkerung in sich birgt, bedeutet den Zusammenbruch des Sozialismus gegenüber der bürgerlichen Wirtschaftslehre.

Kernfrage deutscher Politik.

Der Hauptausstoß des Deutschen Industrie- und Handelslages hat erklärt, daß die Festigung der deutschen Währung eine Lebensfrage nicht nur für die europäische Wirtschaft und im Zusammenhange damit für die Weltwirtschaft ist. Dieses Problem kann jedoch nicht für sich allein behandelt werden. Das Grundübel der Krankheit der deutschen und der Weltwirtschaft liegt, das haben soeben wieder die ausländischen Währungssachverständigen bestätigt, in dem Verträge von Versailles. Eine bloße Eindämmung der Kriegslasten kann Deutschland und Europa keine Ruhe geben, sondern nur die stärkste Herabsetzung der baren und Sachleistungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrage mit Ausnahme der möglichen Leistungen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs, die sofortige Abberufung fremder Besatzungen von deutschem Boden, die Aufhebung aller handelspolitischen Hemmnisse u. a. mehr.

Einen ähnlichen Standpunkt hat die Wochenschrift des Reichs-Landbundes vertreten. Sie sieht gegenüber der jüngsten Note der deutschen Regierung in der Preisgabe von 500 Millionen Goldmark der Reichsbank die staatlich garantierte Auslieferung von wesentlichen Teilen des deutschen Privatvermögens an den Feindbund; eine unserer letzten Reserven soll geopfert werden ohne wirtschaftliche und politische Gegenleistungen unserer Feinde, lediglich für eine kurze Atempause, nach deren schnellem Ablauf das Elend uns noch härter packen muß als zuvor, da an den Ursachen unserer Katastrophe, dem Versailler Diktat, nichts geändert wird. Der Aufsatz gibt daneben noch zu bedenken, daß gleichzeitig die unorganisierte Form der Verminderung deutscher Vermögenswerte in Gestalt des deutschen Ausverkaufes weitergeht, wie sich täglich in dem Anlauf von deutschen Waren und deutschem Grundbesitz durch Ausländer zu unserem Nachteil beobachten läßt.

Man wird es als Standpunkt der deutschen Wirtschaft betrachten müssen, daß der Kernpunkt der deutschen Politik

in dem nachdrücklichsten Kampf gegen die Lasten aus dem Friedensdiktat von Versailles zu erblicken ist. Dieses Ringen muß zum Ziel haben, die deutschen Verpflichtungen aus Versailles so weit zu beschränken, daß sie aus dem Übermaß der deutschen Wirtschaft gedeckt werden können.

Diese Aufgabe überragt an Bedeutung alles andere; selbst eine so dringende Notwendigkeit wie die Steigerung der deutschen Arbeitsleistung wird von ihr bei weitem in den Schatten gestellt. Gelingt es aber, im Gegensatz zu der bisherigen Erfüllungspolitik die uns aus dem Friedensdiktat aufgebürdeten Lasten im vorgenannten Sinne wesentlich zu beschränken, dann ist auch die Vorbedingung für die großen innerpolitischen Aufgaben gegeben; insbesondere steht der dauernden Stabilisierung der deutschen Währung kein unüberwindliches Hindernis mehr im Wege.

Warnung vom Hunsrüd.

Bei der Feier seines dreißigjährigen Bestehens hat der Reichs-Landbund angeschlossene Hunsrüder Bauernverein folgende Entschädigung angenommen:

Wenn die Landwirtschaft nicht bald die bindende Zusage der Regierung erhält, daß die Zwangsgetreideumlage mit Ablauf dieses Erntejahres nicht wieder erneuert wird, besteht die dringende Befürchtung, daß die so unendlich erschwerte Bestellung der Getreidefelder unterbleibt, weil der Anbau von Getreide nicht lohnt. Außerdem wird die Fortführung der Zwangsumlage in irgendeiner Form die fürchterliche Lage verschärfen, in die unser Berufsstand hier gekommen ist, durch die Abwanderung an die Saar. Wenn der Bauer nicht die Gewissheit hat, daß er für seine Erzeugnisse die Preise erhält, die ihn zur weiteren Bewirtschaftung befähigen, dann wird es nicht aufzuhalten sein, daß viele Landwirte ihre Betriebe liegen lassen und zur Industrie abwandern, was in volkswirtschaftlicher und nationaler Hinsicht aufs schärfste zu beklagen ist. Der Hunsrüder Bauernverein und seine Mitglieder haben durch unentgeltliche Abgabe von Kartoffeln an Arme ihr soziales Verhältnis bewiesen, lehnen es aber entschieden ab, sich weiter Verfügungsbeschränkungen und Sondersteuern auferlegen zu lassen.

Rölnener Frühdevisen. Der Dollar — 7150

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat November 150,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezüge und Inferenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unseres teuren Entschlafenen sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus.

Familie Hermann Baukloh.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1923 werden für die Veröffentlichungen bestimmt:

a) aus dem Handelsregister:

1. für Stadt und Amt Lüdenscheld:

1. der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger in Berlin,
2. die Kölnische Zeitung in Köln,
3. der Lüdenschelder Generalanzeiger in Lüdenscheld,
4. die Lüdenschelder Zeitung in Lüdenscheld,

2. für die Gemeinde Halver und die Gemeinde Schalksmühle:

1. der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger in Berlin,
2. die Kölnische Zeitung in Köln,
3. die Halverische Zeitung in Halver,
4. der Allgemeine Anzeiger in Halver

b) aus dem Genossenschaftsregister:

1. für Stadt und Amt Lüdenscheld:

1. der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger in Berlin,
2. der Lüdenschelder Generalanzeiger in Lüdenscheld,
3. die Lüdenschelder Zeitung in Lüdenscheld,

2. für die Gemeinde Halver und die Gemeinde Schalksmühle:

1. der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger in Berlin,
2. die Halverische Zeitung in Halver,
3. der Allgemeine Anzeiger in Halver

Lüdenscheld, den 17. November 1922

Das Amtsgericht.
gez. zur Berth

Bekanntmachung.

Die augenblickliche Überlastung der Finanzkasse macht eine Einschränkung der Kassenkunden erforderlich. Bis auf weiteres werden die Zahlstage vom 27. 11. 1922 ab wie folgt festgesetzt:

Montag, Dienstag und Donnerstag
vormittags von 8 bis 12 Uhr

Außerhalb dieser Stunden werden nur dringende Sachen (Stempelzeichenverkauf usw.) abgefordert.

Im Interesse der Steuerzahler wird erneut auf den bargeldlosen Verkehr hingewiesen. Die Finanzkasse ist folgenden Geldanstalten angeschlossen:

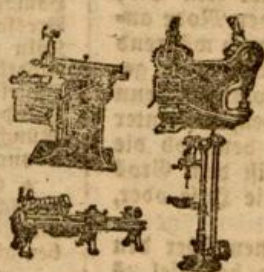
- Reichsbanknebenstelle Lüdenscheld
- Postsparkasse Dortmund Konto Nr. 8071
- Städtische Sparkasse Lüdenscheld Konto Nr. 1050
- Amtssparkasse Lüdenscheld Konto Nr. 1080

Bei sämtlichen Überweisungen ist stets die Steuerart und Sollbuchnummer genau anzugeben, da sonst die Beträge kostenpflichtig an die Einzahler zurück überwiesen werden müssen.

Lüdenscheld, den 24. November 1922.

Finanzamt

Dr. Pleis, Regierungsrat



Sofort ab Lager
lieferbar:
Neue Werkzeugmaschinen.

1 Drehstrommotor,
Sachsenwerk, 25 PS.,
220/380, mit Anlasser,
1400 Touren, 1 Frik-
tionsspindelpresse,

100 mm Spindel Durchm.; je 1 Schwungrad-
exzenterpresse, 4½, 10, 15, 25, 30, 45 u. 55 t
Druck; je 1 dito mit Rädervorgelege 30 u. 45 t
Druck, Shapingmaschinen 200, 300, 350, 400, 500,
550 u. 650 mm Hub; etwa 75 Tisch-Säulen-
Schnellbohrmaschinen 10-50 mm Leistung,
Drehbänke mit Leit- und mit Leit- und Zug-
spindel, 150-300 mm Spindelhöhe, 1-2 m Dreh-
länge; je 1 Universal-Fräsmaschine, Tischgröße
850x175 und 825x210 mm; ca. 15 Bügelsäge-
maschinen, 12-18" Sägeblattlänge; 1 Hoch-
leistungsgewindeschneidemaschine Concordia,
bis 2½"; 4 Gewindeschneidemaschinen Viktoria,
1½, 1¼, 1⅓, etwa 20 Werkzeug- und Universal-
werkzeugschleifmaschinen; etwa 300 Hand-
hebelbohrmaschinen für 3-15 mm Bleche; etwa
50 Handhebelhochstanzen; 1 Bandsäge, 750 mm
Rollendurchmesser; Tafelscheren, 1 m Schnitt-
länge.

Gebrauchte Maschinen.

Je 1 Abstechbank 80-100 mm (Biernatzky),
1 Hobelmaschine, 500x1100x1200 mm, Doppel-
Shapingmaschine (Lange und Geilen) 500 mm
Hub, 2000 mm Hobellänge, 4300 kg; Revolver-
bänke 18, 22, 32, 35, 37, 45, 50 mm Spindel-
bohrung; ca. 25 Drehbänke, 150-300 mm
Spindelhöhe, 1-2 m Drehlänge; 2 Einscheiben-
Schnelldrehbänke (Breiter, Schumacher & Co.)
820x1500 mm, a 5800 kg; 3 Horizontal-,
1 Plan-, 1 Handhebelfräsmaschine; Flächen-
und Werkzeugmaschinen; 1 Härteofen, Halb-
gasgenerator, Glühraum 800x300x200 mm,
3700 kg; 1 Wandbohrmaschine 80 mm bohrend;
6 Handspindelpressen; 1 Exzenterpresse mit
Walzenvorschub, 1320 kg schwer, Frik-tions-
spindelpressen 110 mm Spindel Durchm.; 2 vier-
spindelige automat. Kreuzlochbohrmaschinen,
je 1 Trägerschere für NP 14 u 18; 1 Luft-
hammer, 100 kg. Aerzener.

Lagerbesichtigung erbeten.

Übernahme freierwerdender Werkzeugmaschinen.

Maschinenfabrik

Alfr. Natorp

Inh.: Adolf Klinker, 2045
Haspe, (Westfalen), Kohlenbahn 2.
Fernsprecher Amt Hagen 350 und 351.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weiterer
Kreise kommen sollen,
finden durch
den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.

Habe stets auf Lager:

Herren-Paletots
Herren-Anzüge
Loden-Jacken
gestreifte Hosen

Damen-Kleider
Damen-Mäntel
Kostüm-Röcke
Blusen usw.

Paul Schulte,
Halver-Obernherweg.

1894

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN I. W. G. m. b. H.
-- Fernruf 3173. --
Treibriemen-Fabrik. 2009

Kernieder-Treibriemen für jede Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband; Näh- und
Bänderriemen; Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügel-Fabrik

Filiale: Berlin

Hardenbergstr. 14.

NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten.

Stimmungen und Reparaturen.

Hagen i. W.

Bahnhofstr. 29.

Stimmungen und Reparaturen.

Wegen der hohen Darmpreise empfehle
als Ersatz

für die bevorstehende Schlachtzeit:

Wedi-Einkochgläser

mit Fett-Qualität-Gummiringen
für Fleisch- und Wurstwaren.

Wilh. Bell jr., Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen

Rörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.

1969

Fernruf 1897 und 3965.

Geschäftsbücher

Liefert und stellt her

Wilh. Bell jr., Halver

Buchdruckerei . . . Buchbinderei.

Baldbauverein Halver

Die Mitglieber, welche
im nächsten Frühjahr auf-
sorgen wollen, werden ge-
beten, zwecks Pflanzen-
bestellung am Mittwoch,
den 29. ds. Mts., nachm.
4 Uhr im Gasthof zur
Post zu erscheinen.
Der Vorstand.

Wir suchen per sofort
oder später für unser Kontor

Fräulein,

welches mit allen vor-
kommenden Kontorarbeiten
vertraut und besonders in
Stenographie und Schreib-
maschine perfekt ist. Re-
flektiert wird nur auf erst-
klassige Kraft.

Schriftl. Angebote an

Aluminium- und Metallwerke

Degenhardt & Stippel,

Halver i. W.

Wir suchen
für Kapitalisten

sofort Grundbesitz, gleich
welcher Art, auch Hotel,
Gastwirtschaft, Mühle, Fabrik
oder Landwirtschaft.

Besitzer Angebote erbeten.

C. H. Hübe & Co.,

Hannover.

Abreisskalender

für das Jahr
1923

1
Januar.

empfohlen
W. Bell jr., Halver.

Altes Röhren-Blei

sowie sonstige Altmetalle
kauft laufend 2022

Firma Gandler,
Rierspe-Whf

Telefon 143, Weimerzhagen.